

Es werde wieder einmal auf erschreckende Weise deutlich, so Fell, wie die Atomlobby versucht, den Ausstieg aus der Kernenergie mit atomfreundlichen Botschaften zu torpedieren. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis derartige Kampagnen auch in Deutschland wieder an die Bürger herangetragen werden. In diesem Zusammenhang machen zwei Berichte und ein atomfreundlicher Kommentar in der FAZ vom 15. April 2016 hellhörig. Darin wird Frankreich gelobt, die Entscheidung für den Teil-Atomausstieg zu verschieben und eine angeblich hohe Akzeptanz der Anwohner um den geplanten Atomneubau von Hinkley Point beschrieben. Offenbar arbeite die Atomlobby längst wieder an einer neuen Laufzeitverlängerung der Atomkraft auch in Deutschland. In dieses Bild passe auch, dass der Unionsfraktionsvorsitzende Kauder jüngst erst wieder in einem Brandbrief einen massiven Ausbaurückgang für die Windkraft gefordert hat. [4] Denn auch er wisse, dass mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien die deutschen, Schweizer und französischen AKW immer unwirtschaftlicher werden.

1. Dominik Feusi: Alpiq will "too big to fail" werden, Basler Zeitung 7.3.2016;

<http://bazonline.ch/schweiz/standard/alpiq-will-too-big-to-fail-werden/story/13803131>

Andreas Valda: Unrentable AKW – muss der Staat sie retten? Tagesanzeiger 8.3.2016;

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Unrentable-AKW--muss-der-Staat-sie-retten/story/14106024>

2. photovoltaikbüro Temus&Diehl GbR: Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock, 13.6.2014;

<http://www.photovoltaikburo.de/pv-buero-blog/vom-hoffnungstraeger-zum-suendenbock-teil-1/>

3. Martin Kaul und Sebastian Heiser: Die Geheimpapiere der Atomlobby, taz.blogs 28.10.2011; <http://blogs.taz.de/rechercheblog/2011/10/28/atomlobby/>

4. Kauder fordert Bremse bei Windenergie-Ausbau, Reuters 13.4.2016 <http://de.reuters.com/article/DEUSCHLAND-energie-wind-idDEKCN0XAIRP>

AKW-Sicherheit

Kontrollen in deutschen AKWs wurden nur vorgetäuscht

Im Atomkraftwerk Philippsburg 2 des Energiekonzerns EnBW in Baden-Württemberg sind Sicherheitskontrollen nur vorgetäuscht worden. Das gab das als Aufsichtsbehörde zuständige Umweltministerium in Baden-Württemberg am 14. April 2016 bekannt. Als Konsequenz hat der Stuttgarter Umweltminister dem Unternehmen nun den Betrieb des Meilers vorläufig untersagt.

Der Betreiber des AKW, das wegen einer turnusmäßigen Revision derzeit ohnehin nicht am Netz ist, musste im Zuge von Untersuchungen feststellen, daß ein Mitarbeiter eine wiederkehrende Prüfung an einem Störfallmonitor zwar in einem Prüfprotokoll dokumentiert, tatsächlich aber gar nicht durchgeführt hatte. Zudem wurden Kontrollen in acht weiteren Fällen nur vorgetäuscht und in 15 zusätzlichen Fällen nicht korrekt datiert. Wie die Nachforschungen ergeben haben, war der Angestellte über einen externen Dienstleister im Block 2 des Atomkraftwerks Philippsburg beschäftigt.

EnBW versucht unterdessen, die hohen Wogen etwas zu glätten und verweist darauf, daß die Funktionstüchtigkeit der Einrichtungen aber zu jeder Zeit gewährleistet gewesen sei. Der Versorger bekommt trotzdem Probleme mit dem Umweltministerium, das mit einer sogenannten aufsichtlichen Anordnung reagiert und vorläufig untersagt hat, das Kraftwerk wieder hochzufahren. Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen): „Das ist hochgradig beunruhigend und nicht akzeptabel.“

Auch nach der Stellungnahme der EnBW Kernkraft GmbH im Rahmen einer Anhörung,

die am 18. April 2016 eingegangen ist, hält das Umweltministerium als Atomaufsichtsbehörde an seinem Standpunkt fest, daß das Kernkraftwerk Philippsburg, KKP 2, nicht ohne weiteres wieder in den regulären Betrieb gehen kann. Gemäß Paragraph 19 Absatz 3 des Atomgesetzes ist deshalb eine entsprechende Anordnung ergangen.

Das ist kein Einzelfall. In dem seit 2011 stillgelegten Atomkraftwerk Biblis (Bergstraße) sind Sicherheitskontrollen zur Radioaktivität ebenfalls vorgetäuscht und Prüfprotokolle gefälscht worden. Das teilte ein Sprecher der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) ebenfalls am 14. April 2016 auf Anfrage von hessenschau.de mit und bestätigte einen Bericht des Südwestrundfunks (SWR). Dem Ministerium als Aufsichtsbehörde des Landes zufolge wurden Kontrollen im AKW Biblis im letzten Quartal 2014 bis März 2015 zwar protokolliert, aber nicht durchgeführt.

Wie es in der Mitteilung des Ministeriums heißt, hatte ein im Bereich Strahlenschutz zuständiger Mitarbeiter Prüfungen „von unter anderem tragbaren und Labormessgeräten, Messungen im Kamin und von Dosimetern dokumentiert, aber sie nicht durchgeführt“. Diese Dokumentationen seien auffällig gewesen. Daraufhin erfolgten laut Ministerium weitergehende Recherchen durch den Kraftwerksbetreiber RWE und das Umweltministerium. Der für die Sicherheitsprüfungen zuständigen Mitarbeiter sei entlassen worden. Eine sicherheits- und strahlenschutztechnische Gefährdung habe aber „umgehend ausgeschlossen und die Prüfungen ordnungsgemäß nachgeholt werden“ können.

Bekannt wurden dem hessischen Umweltministerium die vorgetäuschten Sicherheitsprüfungen nach eigenen Angaben im Mai 2015. Die Öffentlichkeit erfuhr davon erst am 14. April 2016, knapp ein Jahr später, als der badenwürttembergische Umweltminister Franz Untersteller dem SWR davon berichtete. Untersteller sagte, der Fall sei erst wenige Tagen zuvor im Bund-Länder-Ausschuss diskutiert worden.

Auf Nachfrage von hessenschau.de, weshalb das hessische Umweltministerium die Öffentlichkeit nicht über die Vorfälle in Biblis informiert habe, antwortete ein Ministeriumssprecher, es habe sich nicht um meldepflichtige Ereignisse gehandelt.

Wie das Bundesamt für Strahlenschutz erläuterte, müssen laut Atomgesetz von Kernkraftbetreibern „Unfälle, Störfälle oder sonstige für die kerntechnische Sicherheit bedeutsame Ereignisse“ den Aufsichtsbehörden der Bundesländer gemeldet werden. Auch die Öffentlichkeit wird über diese meldepflichtigen Ereignisse informiert.

In ersten Reaktionen kritisierten Oppositionspolitiker von SPD und Linkspartei im Landtag Umweltministerin Hinz. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Timon Gremmels, schrieb auf Twitter, eine rechtzeitige Information der Obleute im Hessischen Landtag durch Hinz wäre das Mindeste. „Sollte Panne verschleiert werden?“

Zu den gefälschten Sicherheitskontrollen in Philippsburg und Biblis erklärte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Wenn solche Manipulationen erst durch Zufälle herauskommen, dann müssen wir davon ausgehen, dass es sich nur um die Spitze des Eisbergs handelt. In den angeblich so sicheren deutschen Atomkraftwerken sind Schlamperien offensichtlich an der

Tagesordnung. Statt wie in der Luft- und Raumfahrt bei Kontrollen konsequent auf das Vier-Augen-Prinzip zu setzen, wird in Sachen Atom-Sicherheit gespart. In Philippsburg war der Täter Mitarbeiter ei-

ner Fremdfirma. Üblicherweise sind solche Firmen nicht nur in einem AKW tätig, sondern führen Arbeiten an vielen Standorten durch. Deswegen müssen jetzt in allen Reaktoren die Kontrollen der

letzten Jahre überprüft werden. Die Atomkraftwerke sind für die Versorgungssicherheit in Deutschland längst überflüssig. Je älter sie werden und je mehr die Betreiberfirmen aufgrund ihrer schlechten

wirtschaftlichen Lage sparen müssen, um so riskanter wird der Weiterbetrieb. Wir sollten die AKW jetzt abschalten und nicht erst 2022.“ ●

Uranbergbau

Stilllegungen wegen zu niedriger Uranpreise

Aktuelle Entwicklungen im Uranbergbau

Im Vergleich zum letzten Jahr ist der Uranpreis noch einmal gesunken. Auch wenn deshalb weiter Bergwerke ganz oder vorläufig geschlossen werden, stirbt die Hoffnung von Atombefürwortern nicht aus, dass sich das wieder ändern wird. Wenige Projekte werden vorangetrieben, darunter vor allem die in chinesischer Hand. Darauf weist die Organisation uranium-network.org in ihrem Rundbrief vom 3. April 2016 hin.

Afrika

Im vorigen Jahr wurden in Afrika die Uranbergwerke Kayalekera in Malawi, Trekoppe in Namibia sowie Imouraren und Azelik in Niger geschlossen. Neu ist, dass nun auch das tansanische Uranprojekt Mkuju River (Uranium One / ARMZ Russland) vorerst pausiert. Die Geschäftsführung möchte mit der Weiterführung warten, bis der Uranpreis um 70 Prozent gestiegen ist. Geschäftsführer Feroz Ashraf ist davon überzeugt, dass, sobald der Preis einmal steigt, er schneller rasante Höhen erreicht, als sich erträumen lassen, berichtet uranium-network.org.

Vielleicht ist das auch die Ansicht von Swakop Uranium, Tochterfirma von China General Nuclear Power Corporation (CGN), die kurz davor ist, ihre Husab-Bergwerke in Namibia fertigzustellen. Der namibische Finanzminister glaubt, dadurch 2017 dreimal so viel Uran zu produzieren wie 2015

und hofft, damit das Land auf Platz drei der weltweit größten Uranproduzenten zu bringen. Allerdings bekommt Swakop Uranium auch Gegenwind: BauarbeiterInnen streikten und jetzt protestieren auch Bauern und Bäuerinnen gegen einen sinkenden Grundwasserpegel des Swakop-Flusses. Während der Aufbauphase darf das Unternehmen Grundwasser des Flusses nutzen.

Nichtsdestotrotz war der malische Präsident, Ibrahim Boubacar Keita, bei einem Besuch in Namibia so begeistert, dass er sich nun ein chinesisches Uranbergwerk für Mali wünscht, berichtet uranium-network.org.

Zunächst aber hatte Mauretanien das Vergnügen: China Energy Engineering Group Guangdong Power Engineering (GPEC) wird nun gemeinsam mit Aura Energy das Tiris-Projekt weiterführen.

Chinas Engagement im Uranbereich weitet sich auch nach Kanada aus: CGN ist nun zu 20 Prozent Anteilseigner von Fission Uranium und hat so als erstes chinesisches Unternehmen in einen kanadischen Urankonzern investiert.

In Südafrika vertreten die AnwohnerInnen nahe des geplanten Karoo-Bergwerks divergierende Ansichten: Die einen empören sich über problematische Folgen für sich und die Umwelt, die anderen hoffen auf Jobs. Ein Umweltgutachten stützt die Empörten,

es stuft das Risiko des Uranabbaus als hoch ein und verweist insbesondere auf die Wahrscheinlichkeit der Wasserverseuchung durch radioaktives Material.

Die Pläne von Jacob Zuma, Südafrikas Präsident, sechs neue Atomkraftwerke zu bauen, werden aus mehreren Richtungen kritisiert: Die einen fürchten, dass der Staat die Kosten nicht tragen kann, die anderen fordern ein Umlenken hin zu Erneuerbaren Energien in einem Land, das reich an Wind und Sonne ist. Eine große Debatte wurde losgetreten. Bisher hat Südafrika als einziges afrikanisches Land ein Atomkraftwerk. Ob der Bau der neuen Kraftwerke eine Lizenz der nationalen Atombehörde bekommt, ist noch nicht entschieden.

Auch wenn die in chinesischer Hand befindlichen Husab-Bergwerke in Namibia die Ausnahme darstellen, die die Regel bestätigt, so deutet alles darauf hin, dass die Uranindustrie auf dem afrikanischen Kontinent vorläufig gebremst ist, erklärt uranium-network.org. Als 2007/2008 der Uranpreis in die Höhe schoss, vergaben viele Länder Explorationslizenzen und für Uranunternehmen begann der Traum vom atomaren Zeitalter in Afrika. Die wenigsten Lizenzen mündeten allerdings in Bergwerke – und von den wenigen Bergwerken wurden die meisten wieder stillgelegt oder gestoppt.

Während in Gabun seit 1999 kein Uranbergbau mehr stattfindet, wurde in Niger 2008 das Azelik-Bergwerk vom chinesischen Staatskonzern China National Nuclear Corporation (CNNC) in Betrieb genommen. Doch bereits 2015

wurde aufgrund von Finanzfehlplanungen und Streiks der Arbeitenden zunächst die Produktion gestoppt und dann das Bergwerk eingemottet.

AREVA hatte in den letzten Jahren so einige Herausforderungen in Niger zu erdulden. Der größte Rückschlag war, dass das einst als größtes Uranbergwerk der Welt angekündigte Imouraren-Bergwerk begraben werden musste, als bekannt wurde, dass die Uranvorkommen anscheinend nicht abbaubar sind.

Neben Niger ist Namibia das afrikanische Land mit dem umfangreichsten Uranbergbau. Nur wenige nennenswerte Projekte gingen aus der Hochzeit Ende der 2000er Jahre hervor, zählt uranium-network.org auf:

(a) Langer Heinrich (PALADIN und CNNC); da PALADIN derzeit Finanzschwierigkeiten hat, könnte der chinesische Konzern CNNC das Projekt ganz aufkaufen.

(b) Trekoppe (AREVA), was seit 2012 wieder stillgelegt ist, da der Urangehalt zu gering ist, um Gewinn abzuwerfen.

(c) das Husab-Bergwerk (China General Nuclear Power Company), das in diesem Jahr mit der regulären Produktion beginnen soll. Andere Großprojekte im Land werden wegen des niedrigen Uranpreises derzeit nicht weiterverfolgt.

In Malawi hatte PALADIN mit seinem Kayalekera-Bergwerk wenig Glück. Es ging erst mit steigendem Uranpreis in Produktion, da der Preis dann aber sank, brachte es keine Gewinne ein. Streiks für bessere Bezahlung belasteten das Bergwerk zusätzlich, sodass PALADIN es 2014 stilllegte.